



## Wir sorgen für mehr Sicherheit

Der Bundestag hat den Haushalt des Bundesinnenministeriums beschlossen. Demnach werden die Sicherheitsbehörden personell besser ausgestattet, allein 10.000 neue Stellen gibt es bis 2020.

Mit der abschließenden Beratung des Haushaltes des Bundesministeriums des Innern in dieser Woche wird den großen Herausforderungen im Bereich der Inneren Sicherheit Rechnung getragen. Damit ist Deutschland gut gerüstet, um gegen die Bedrohungen durch den islamistischen Terrorismus und die Kriminalität effektiv vorzugehen.

Bereits der Regierungsentwurf zum Haushalt 2017 hat ein vom Bundesinnenminister verankertes umfangreiches Paket zur Stärkung der Sicherheitsbehörden enthalten. Aufgrund der anhaltend hohen Bedrohungslage gerade im Bereich des islamistischen Terrorismus hat die Unionsfraktion durch ein zweites Sicherheitspaket noch nachgelegt und weitere Verbesserungen bei der Inneren Sicherheit erzielen können.

So werden in dieser Legislaturperiode für unsere Sicherheitsbehörden (Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Nachrichtendienste) insgesamt mehr als 10.000 zusätzliche Stellen bis zum Jahr 2020 beschlossen. So erhält etwa die Bundespolizei im Haushalt 2017 1.970 neue Stellen, von 2015 bis 2020 werden es insgesamt 7.500 zusätzliche Stellen sein.

Und auch das Bundeskriminalamt wird durch den Haushalt 2017 um 826 neue Stellen wachsen, in dem Zeitraum 2015 bis 2020 werden es insgesamt über 1.300 zusätzliche Stellen sein. Der Verfassungsschutz soll ebenfalls deutlich gestärkt werden.

Mit diesem Aufwuchs des Haushaltes um fast 1,2 Milliarden im Vergleich zum Vorjahr werden neben zusätzlichem Personal auch eine Vielzahl von technischen Verbesserungen in den Sicherheitsbehörden ermöglicht.

Die Bundespolizei etwa wird drei neue hochseetaugliche Schiffe und einen zusätzlichen Transporthubschrauber erhalten. Hinzu kommen bei der Bundespolizei umfangreiche Stellenhebungen und ein Liegenschaftsprogramm. Durch den Aufbau der völlig neuen „Zentralstelle für Informationstechnik im Bereich der Inneren Sicherheit“ (ZITiS) wird zudem neuen technischen Entwicklungen Rechnung getragen.

Auch das Technische Hilfswerk (THW) erhält 170 neue Stellen sowie zusätzliche Mittel für überregionale und bundesweite Nachwuchswerbung. Schließlich werden auch der Asyl- und Flüchtlingssituation und den daraus resultierenden Herausforderungen angemessen Rechnung getragen.

Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass mehr abgelehnte Asylbewerber unser Land verlassen, indem im Jahr 2017 die freiwillige Ausreise mit 40 Mio. Euro gefördert wird. Dem liegt die Erkenntnis zugrunde, dass die freiwillige Ausreise wesentlich einfacher zu realisieren und kostengünstiger ist als die zwangsweise Abschiebung.

An diesen Maßnahmen lässt sich deutlich ablesen, dass die CDU/CSU-Fraktion uneingeschränkt zu unseren Sicherheitsbehörden steht.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,



Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in der Generaldebatte im Bundestag zum Bundeshaushalt zu Recht um einen respektvollen

Umgang miteinander geworben. Hass und Lügen gerade in sozialen Netzwerken müssen wir energisch entgegentreten. Uns ist natürlich klar, dass die Meinungsbildung heutzutage anders funktioniert, als es noch vor Jahren der Fall gewesen ist. Politisch manipulieren können die gefährlichen sogenannten Social Bots, die in der Lage sind, gezielt zu provozieren und Meinungen zu beeinflussen. Bundesjustizminister Maas tut bei dem Thema viel zu wenig.

An Rechtsverschärfungen wird für uns wohl kein Weg vorbeigehen.

Es sollte zum Beispiel die Frist näher konkretisiert werden, wie schnell ein Betreiber einen rechtswidrigen Post oder Kommentar entfernen muss. Zudem wäre den Betreibern ab einer bestimmten Größe zur Auflage zu machen, eine Beschwerdestelle einzurichten.

Diese Beschwerdestelle muss so ausgestattet sein, dass die Löschanträge zügig bearbeitet werden können. Kann der Betreiber keine Beschwerdestelle oder keinen Transparenzbericht vorweisen, sollte dies mit einem empfindlichen Bußgeld geahndet werden. Nur so erinnern wir die Internetplattformbetreiber an ihre Verantwortung.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

**Peter Hintze** MdB

Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: DBT/Stella von Saldern



## Vorschläge der EU-Kommission zum Insolvenzrecht gehen in die richtige Richtung

### Gläubigerrechte dürfen nicht unter die Räder kommen



Die Europäische Kommission hat am gestrigen Dienstag einen Vorschlag für eine Richtlinie vorgelegt, mit der das Insolvenzrecht in Europa, insbesondere im Hinblick auf eine frühzeitige Sanierung von Unternehmen, harmonisiert werden soll. Hierzu erklären die rechtspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Elisabeth Winkelmeier-Becker, und der zuständige Berichterstatter, Heribert Hirte:

Elisabeth Winkelmeier-Becker: „Wir begrüßen den Vorstoß der EU-Kommission im Grundsatz. Zum europäischen Binnenmarkt gehört ein Mindestkanon an einheitlichen Regeln für die Sanierung und Abwicklung angeschlagener Unternehmen. Wir werden uns intensiv und konstruktiv an den Beratungen zu dem Richtlinienvorschlag beteiligen.

Dabei werden wir darauf achten, dass der Rechtsrahmen für Unternehmensinsolvenzen ausgewogen bleibt und wichtige Grundsätze nicht leichtfertig über Bord geworfen werden. Die Gläubiger dürfen am Ende nicht die Dummen sein. Eine kurze Dauer bis zur Restschuldbefreiung ist für uns nur akzeptabel, wenn die Gläubiger zumindest einen Teil des ihnen zustehenden Geldes erhalten. Der Schuldner darf nicht ohne jede eigene Anstrengung in den Genuss eines Schuldenerlasses kommen.“

Heribert Hirte: „Wir sind offen für die Schaffung eines frühzeitigen Sanierungsverfahrens. Wir begrüßen insbesondere, dass der Vorschlag dem deutschen Verständnis von Rechtsstaatlichkeit folgt. Es hat sich gelohnt, dass die CDU/CSU-Fraktion schon frühzeitig in Brüssel aktiv wurde. Uns ist wichtig, dass Eingriffe in Gläubigerrechte nur mit gerichtlicher Beteiligung möglich sind. Auch die Vorschläge zu Vorrechten für Sanierungskredite und Rechts-handlungen in der Sanierungsphase sind genauso sachgerecht wie das angestrebte europäische Qualitätsniveau - sowohl für Richter wie auch Insolvenzverwalter.“

Fotos: Frank Baquet; Heribert Hirte/Niki Siegenbruck

## Bundeshaushalt sorgt für mehr Investitionen

Am 10. November diesen Jahres wurde im Haushaltsausschuss der Entwurf des Bundeshaushalts 2017 in der sog. Bereinigungssitzung abschließend beraten. Mit dem Bundeshaushalt 2017 beschließt in dieser Woche der Bundestag das dritte Jahr in Folge einen Haushalt ohne neue Schulden. Der Bund plant im kommenden Jahr erneut mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger auszukommen und seine Ausgaben von 329,1 Mrd. Euro ohne neue Kredite zu finanzieren. Das Anwachsen des Schuldenbergs ist damit gestoppt, was in der Vergangenheit selbst in konjunkturell guten Zeiten nie gelungen ist.

Gleichzeitig erfolgt die Ausfinanzierung des auf drei Jahre (2016 bis 2018) angelegten 10 Mrd. Euro-Investitionspakets. Mit zusätzlichen Investitionen insbesondere in die öffentliche Infrastruktur und die Energieeffizienz stärken wir das Fundament für weiteres Wachstum in Deutschland.

Die Investitionen werden gegenüber 2016 um fast 4,6 Mrd. Euro auf rd. 36,1 Mrd. Euro erhöht; die Investitionsquote liegt damit bei rd. 11 % der Gesamtausgaben. Eine Investitionsquote von 11 % ist die höchste der letzten 16 Jahre - das Jahr 2012 mit dem Sondereffekt der ESM-Einlage ausgenommen. Im Vergleich zum Regierungsentwurf 2017 steigen die Investitionen um rd. 2,8 Mrd. Euro.

Positiv hervorzuheben ist, dass es bei geringfügigen Ausgabensteigerungen von 400 Mio. Euro gegenüber dem Regierungsentwurf 2017 im Beratungsprozess gelungen ist, eine Umschichtung von konsumtiven zu investiven Ausgaben vorzunehmen und damit die volkswirtschaftlich bedeutsamen Investitionen stärker im Haushalt zu gewichten.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 18/2016  
24. November 2016

**Landesgruppe NRW**  
der CDU/CSU-Fraktion  
im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421

Email:  
[fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)

**Redaktion/ V.i.S.d.P.:**  
Karl-Heinz Aufmuth  
Fabian Bleck